

02 — VORWORT

04 — LEITBILD

06 — UNSERE THEMEN UND HANDLUNGSFELDER

08 — DEMOKRATIE UND ZUSAMMENHALT
IN DER DIGITALISIERTEN GESELLSCHAFT

18 — EUROPA IN DER WELT

30 — KLIMASCHUTZ

40 — TEILHABE UND ZUSAMMENHALT
IN EINER DIVERSEN GESELLSCHAFT

50 — WAS UNSERE THEMEN VERBINDET

52 — BEITRAG UND GRENZEN
DES STIFTUNGSHANDELNS

53 — WAS ERFOLG FÜR UNS BEDEUTET
UND WIE WIR LERNEN

54 — RUHRGEBIET: WAS DIESER RAUM
FÜR UNS BEDEUTET

VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde und Partner*innen
der Stiftung Mercator,

die vorliegende Strategie haben die Gremien der Stiftung Mercator im September 2020 beschlossen. Dem ging ein intensiver Beratungsprozess auf der Grundlage der Empfehlungen einer Evaluationskommission voraus. Im Folgenden stellen wir dar, welchen Aufgaben und Zielen wir uns in den kommenden fünf Jahren widmen wollen. Ein fünfjähriger Turnus mag für die Erneuerung der Strategie einer Stiftung kurz anmuten. Sieht man allerdings auf die vergangenen fünf Jahre, dann zeigen die gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland, in Europa und erst recht in globaler Perspektive, wie schnell sich die Dinge ändern: die wachsende Migration nach Europa, die Zuspitzung der Klimakrise, der international zunehmende Druck auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, eine partielle Abkehr vom Multilateralismus, Spannungen zwischen China und den USA und schließlich die Covid-Pandemie.

Eine Stiftung, die sich ausdrücklich gesellschaftlichen Herausforderungen verschreibt, muss also wandlungsfähig und adaptiv bleiben, ohne dabei den Kompass der eigenen Werte aufzugeben. Diese Aufgabe wollen wir mithilfe einer strategischen Landkarte für die kommenden Jahre meistern. Sie zeigt Ziele und bietet ein Wegenetz, um diese zu erreichen – auf bekannten Pfaden und auf solchen, die wir erst noch erkunden wollen. Die Ziele in unseren Themenfeldern „Europa in der Welt“ und „Klimaschutz“ haben wir geschärft, unser Engagement in der Integration ausgeweitet auf „Teilhabe und Zusammenhalt“ und mit dem Themenfeld „Digitalisierte Gesellschaft“ nehmen wir eine neue Herausforderung an. Unseren Einsatz für die „Kulturelle Bildung“ schließen wir nach einem Jahrzehnt intensiver Beschäftigung ab – wie wir meinen, mit beachtlichem Erfolg und mit hoffentlich nachhaltiger Wirkung. Wir freuen uns darüber, dass viele Partner mit uns zu den gleichen Zielen unterwegs sind, und wir sind gespannt darauf, auf den neuen Wegen weitere zu treffen.

^{HW}


Markus Piduhn

^{HW}


Wolfgang Rohe

^{HW}


Michael Schwarz

UNSER LEITBILD

IDEEN BEFLÜGELN

Ideen bringen unsere Gesellschaft in Bewegung. Wir beflügeln Ideen, entwickeln sie und unterstützen sie praktisch. Wir schaffen Freiräume für Neues, das unsere Gesellschaft zum Besseren verändern kann.

In einer vielfältigen Gesellschaft gelingt dies am besten in einer Balance von Diskurs und Kompromiss, Vision und Praxisreife, individueller Freiheit und Gemeinwohlorientierung. Wir treten ein für gleiche Rechte und gleiche Lebenschancen, für sozialen Zusammenhalt, Respekt, Toleranz, Weltoffenheit und den Schutz von Natur und Umwelt.

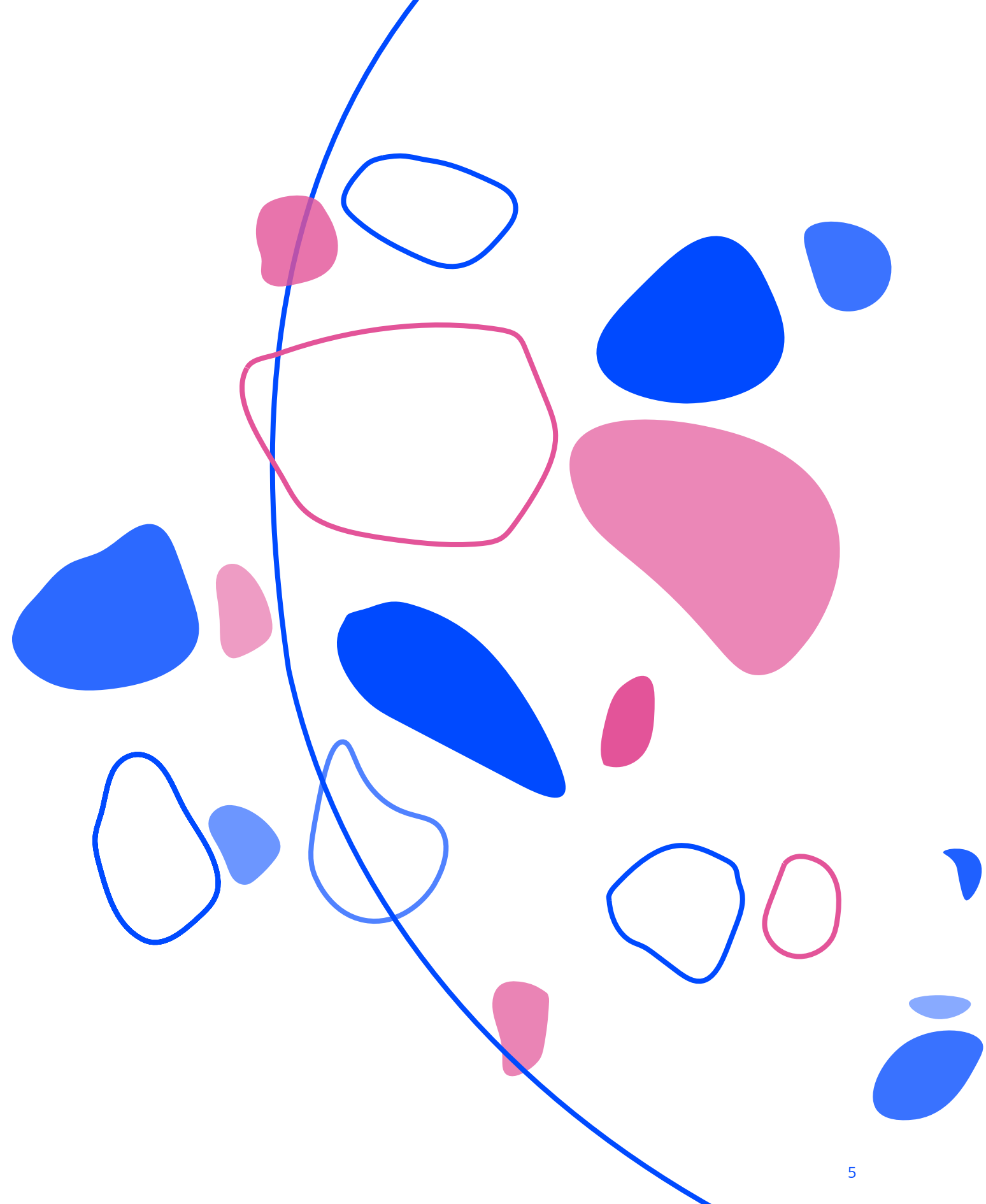
WOHER WIR KOMMEN

Die Handels- und Unternehmerfamilie Karl Schmidt aus Duisburg hat die Stiftung Mercator Ende der 1990er-Jahre ins Leben gerufen. Sie hat ihr den Namen des in Flandern geborenen und viele Jahrzehnte in Duisburg lebenden Kartografen und Humanisten Gerhard Mercator gegeben.

WAS WIR WOLLEN

Die Stiftung Mercator will umfassende Bildung und Chancengleichheit ermöglichen, Selbstentfaltung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen stärken, Wissenschaft und Forschung zu ihren Zielen und Themen im Interesse aller fördern, die Verständigung und den Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen unterstützen, für ein geeintes Europa eintreten, die gesellschaftlichen Voraussetzungen für das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Überzeugungen und unterschiedlicher sozialer Lage verbessern und die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren.

Das will die Stiftung Mercator erreichen, indem sie positive Beispiele für gesellschaftlichen Fortschritt möglich macht, die Fantasie aller anregt, die in Politik und Gesellschaft besondere Verantwortung tragen, und allein oder gemeinsam mit Partner*innen Anstöße für die Gestaltung der Zukunft gibt. Dabei soll ihr Handeln von Qualität, Professionalität und Transparenz bestimmt sein und sich der öffentlichen Debatte stellen.



UNSERE THEMEN UND HANDLUNGSFELDER

DIGITALISIERTE GESELLSCHAFT

Wir wollen, dass digitale Technologien in Deutschland und in Europa im Einklang mit demokratischen Rechten und Werten weiterentwickelt und genutzt werden.

1. Normative Grundlagen erneuern
2. Demokratische Prinzipien verteidigen
3. Zum öffentlichen Diskurs befähigen

KLIMASCHUTZ

Wir wollen, dass Deutschland bis 2050 treibhausgasneutral wird und dazu beitragen, dass die gesamte EU beim Klimaschutz eine globale Führungsrolle übernimmt.

1. Klimaschutz sozial gerecht gestalten
2. Klimaschutz als Querschnittsaufgabe verankern
3. Gesellschaftlichen Rückhalt für Klimaschutz stärken

EUROPA IN DER WELT

Das Bestehen der Europäischen Union in der Welt hängt von ihrem inneren Zusammenhalt und der klugen Gestaltung ihres Verhältnisses zu anderen Ländern ab. Darum wollen wir den Zusammenhalt der EU stärken und mit Mitteln der internationalen Verständigung zum Funktionieren ihrer Beziehungen zu besonders wichtigen Ländern beitragen.

1. Europäischer Zusammenhalt
2. Rechtsstaatlichkeit in der EU
3. China und die Türkei
4. Internationale Neuordnung

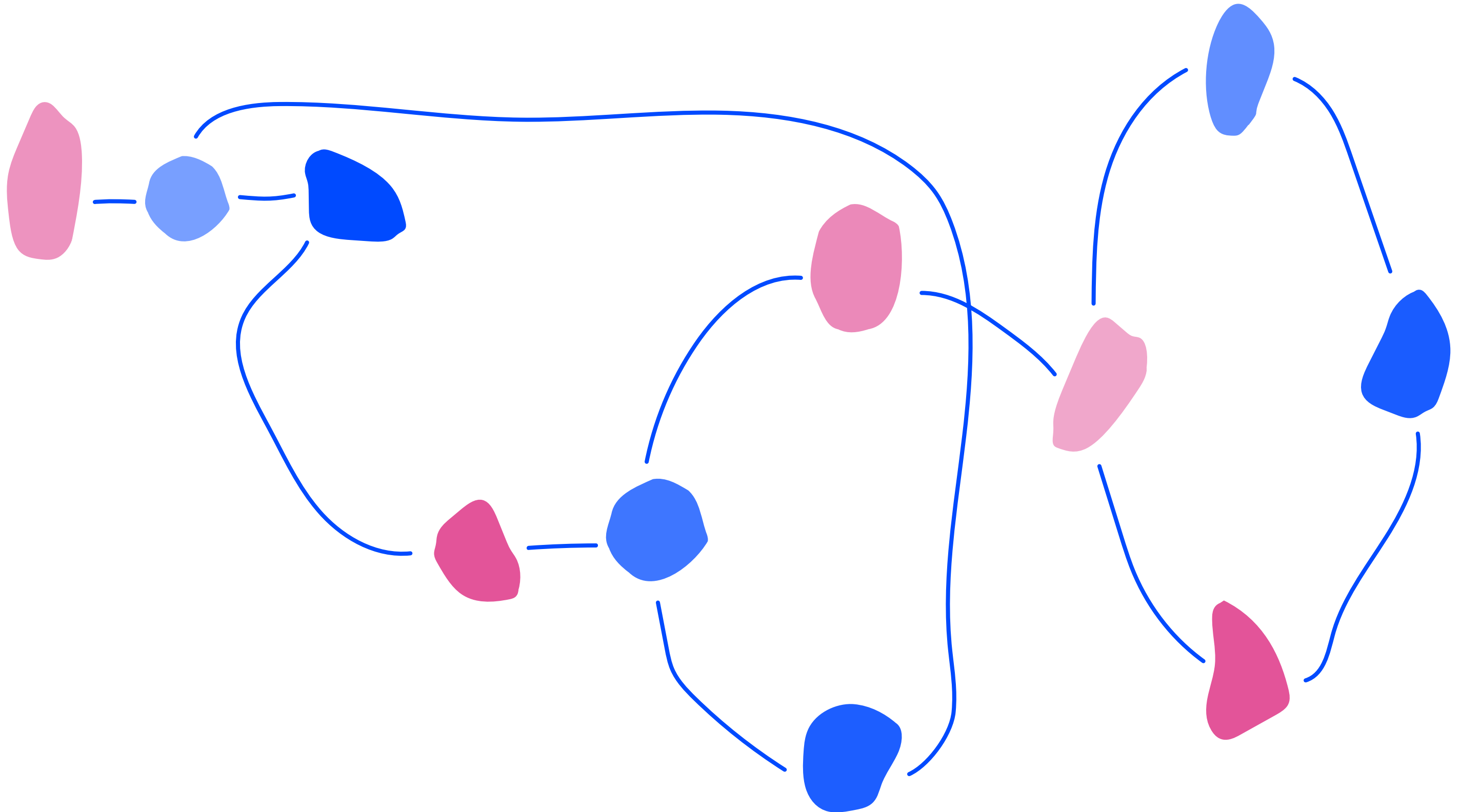
TEILHABE UND ZUSAMMENHALT

Wir wollen den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken, Diskriminierung entgegenwirken und gleiche Chancen auf Bildung und Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

1. Bildung und gleiche Chancen
2. Integration und gerechte Teilhabe

3. Diversität und gesellschaftlicher Zusammenhalt

DEMOKRATIE UND ZUSAMMENHALT IN DER DIGITALISIERTEN GESELLSCHAFT



UNSER ZIEL: Wir wollen,
dass digitale Technologien
in Deutschland und in
Europa im Einklang mit
demokratischen
Rechten und Werten
weiterentwickelt
und genutzt werden.

HANDLUNGSFELD 1
Normative Grundlagen
erneuern

HANDLUNGSFELD 2
Demokratische
Prinzipien verteidigen

HANDLUNGSFELD 3
Zum öffentlichen
Diskurs befähigen

DEMOKRATIE UND ZUSAMMENHALT IN DER DIGITALISIERTEN GESELLSCHAFT

UNSER BEITRAG: Wir geben Impulse für die Erneuerung der normativen Grundlagen einer digitalisierten Gesellschaft, wenn algorithmische Systeme sie herausfordern. Wir analysieren die Effekte solcher Systeme auf Demokratien, verbessern die Voraussetzungen für öffentliches Engagement und Teilhabe und festigen damit demokratische Grundprinzipien im digitalen Zeitalter.

HINTERGRUND:

Digitalisierung könnte als alter Hut erscheinen, als ein wohlvertrauter Megatrend seit mindestens zwei Jahrzehnten, an den alle sich gewöhnt haben. Das wäre eine riskante Fehleinschätzung. Denn mehr und mehr zeichnet sich ab, wie digitale Technologien und der Einsatz künstlicher Intelligenz dabei sind, unsere Gesellschaft fundamental zu verändern.

Digitalisierung in diesem Sinne stellt nicht einfach Werkzeuge zur Verfügung, mit deren Hilfe es weitergeht wie bisher, nur besser, schneller und zuverlässiger. Der fortschreitende Einsatz digitaler Technologien verändert die Grundlagen unserer Gesellschaft: die Art, wie wir miteinander kommunizieren, wie wir unser soziales Leben organisieren, wie wir öffentlich debattieren, wie wir arbeiten, unsere Gesundheit erhalten oder Wissenschaft betreiben. Digitale Technologien verändern zudem das Bild, das der Mensch von sich entwirft, welche Eigenschaften ihn ausmachen und welche Rechte ihm zukommen.

Die demokratische Grundordnung, innerhalb derer wir in Deutschland und in Europa politische Antworten auf diese Herausforderungen finden müssen, wird durch die Digitalisierung herausgefordert.

Offensichtlich wird dies etwa, wenn Systeme künstlicher Intelligenz Wahlentscheidungen manipulieren. Zudem verändert die digitale Kommunikation in den sozialen Medien die für eine Demokratie unverzichtbare öffentliche politische Debatte. Die sozialen Medien haben die Bevölkerung in einzelne Gruppen fragmentiert und die Polarisierung sowie die Zuspitzung zu verbreiteten und maßgeblichen Mustern der Kommunikation gemacht.

Die Veränderung trifft schließlich auch die demokratischen Rechte und Normen wie Zusammenhalt, Gleichheit, Freiheit, Teilhabe, Transparenz oder Privatheit. Denn längst nicht alle global eingesetzten digitalen Technologien erkennen diese Rechte und Normen an. Es wäre also zu kurz gegriffen, Digitalisierung nur als einen Innovationsschritt zu sehen, der nicht verpasst werden darf.

Zwei Entwicklungen des vergangenen Jahrzehnts verdeutlichen das: Zum einen sind digitale Medien und Geräte heute nahezu universell verfügbar und in den Alltag integriert. Das hat die Beziehung von Menschen und algorithmisch getriebenen Maschinen enorm verdichtet. Wir sind kaum noch in der Lage, unsere menschlichen Gewohnheiten von solchen Gewohnheiten zu trennen, die aus unserem Umgang mit digitalen Anwendungen resultieren. Zum anderen sind die verfügbaren Datenmengen und die Rechnerkapazitäten rasant gewachsen. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass täglich neue maschinenbasierte algorithmische Anwendungen entstehen. Sie übertreffen immer komplexere kognitive menschliche Kompetenzen bei Weitem.

Die Leistungsfähigkeit und Einsatzbreite algorithmischer Systeme gehen zudem nicht mehr nur auf die Programmierung von Rechnern zurück. Inzwischen lernen die Maschinen selbst und können dabei auf riesige Datenbestände jenseits menschlichen Verarbeitungsvermögens zurückgreifen, vor allem auf solche Daten, die menschliches Verhalten abbilden. Das betrifft die Kommunikation und die Mobilität ebenso wie den Gesundheitszustand und die Körperfunktionen von Milliarden Menschen oder ihre Konsumentscheidungen.

Es ist eine dringende gesellschaftliche Aufgabe, den Einsatz digitaler Technologien und künstlicher Intelligenz und ihre Weiterentwicklung mitzugestalten, die Chancen zu nutzen und negative Wirkungen zu begrenzen.

DEMOKRATIE UND ZUSAMMENHALT IN DER DIGITALISIERTEN GESELLSCHAFT

1 — NORMATIVE GRUNDLAGEN ERNEUERN

AUSGANGSLAGE: Der Einsatz algorithmischer Systeme ist immer auf bestimmte Zwecke ausgerichtet. Die Systeme sollen entscheiden, optimieren, vergleichen, priorisieren und so weiter. Welche Zwecke definiert werden sollen, lässt sich ohne den Bezug auf Normen und Werte nicht entscheiden. Und selbst da, wo der explizite Bezug auf Werte fehlt, sind algorithmische Systeme niemals neutral, sondern in doppelter Hinsicht wertbehaftet. Den Systemen haften erstens die Werte und Einstellungen ihrer Entwickler an. Die Systeme operieren zweitens immer auf der Grundlage von Daten, die ihrerseits die Wertvorstellungen, Präferenzen oder Gewohnheiten ihrer Urheber im jeweiligen Entstehungskontext enthalten.

Wenn digitale Technologien in diesem Sinne von Wertsetzungen und Wertentscheidungen nicht zu trennen sind, dann liegt in ihnen gleichzeitig eine Chance und eine Gefahr: Sie können Werte wie Gerechtigkeit, Teilhabe, Solidarität oder Zusammenhalt

stärken. Sie können genau diese Werte jedoch auch aushöhlen. Denn während Algorithmen über kulturelle Grenzen hinweg eingesetzt werden, gibt es keinen Konsens darüber, welche Werte dabei zu respektieren sind. Deshalb ist ein internationaler Dialog über folgende Fragen nötig und dringlich: Kann man sich auf gemeinsame Werte verständigen sowie darauf, wie sie algorithmische Systeme bestimmen?

Ein solcher Dialog kann nicht davon ausgehen, dass unsere „europäischen Werte“ ohne Weiteres international anerkannt werden. Ihn deshalb zu unterlassen, wäre kurzsichtig angesichts der mächtigen politischen und wirtschaftlichen Treiber hinter der Verbreitung digitaler Technologien insbesondere in China und in den USA. Wir müssen unsere Werte in einem solchen Dialog vertreten, auch wenn unser Einfluss begrenzt sein mag. Sicher ist: Die Digitalisierung zwingt uns, die normativen Grundlagen unserer Gesellschaften in Deutschland und Europa neu zu begründen.

UNSER HANDLUNGSZIEL: Wir wollen die Erneuerung normativer Grundlagen in einer digitalisierten Gesellschaft unterstützen. Sie sollen sich im internationalen Dialog bewähren und bei der Entwicklung sowie im Einsatz digitaler Technologien praktische Anwendung finden.

UNSERE HANDLUNGSANSÄTZE:

- Mit digitalen Anwendungen gehen ethische Entscheidungsfragen einher. Diese werden wir nutzen, um den internationalen Dialog über grundlegende Werte und Menschenbilder zu fördern.
- Wir tragen dazu bei, dass grundlegende Werte und ethische Prinzipien in anwendungsnahe Ansätze übersetzt und praktisch erprobt werden.

2 — DEMOKRATISCHE PRINZIPIEN VERTEIDIGEN

AUSGANGSLAGE: Die Demokratie ist für uns die politische Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens und die Voraussetzung dafür, dass jeder Mensch die Chance hat, sich selbst zu verwirklichen. Der Einsatz digitaler Technologien setzt allerdings die Demokratie als Gesellschafts- und Staatsform unter Druck: So kann die Macht globaler digitaler Konzerne die staatliche Souveränität einschränken; manipulative Kommunikationssysteme können den urdemokratischen Anspruch unterlaufen, Machtkonstellationen durch Wahlen zu ändern; die Nachvollziehbarkeit und Korrigierbarkeit von Entscheidungen (über Kreditvergabe oder Versicherungsprämien ebenso wie über behördliche Verfügungen) kann durch den Einsatz von Systemen künstlicher Intelligenz beeinträchtigt werden; digitale Überwachungstechniken können die freie Meinungsäußerung behindern und die Meinungsvielfalt einschränken; kritischem Journalismus und einer freien Presse kann durch digitale Informationsplattformen die Grundlage entzogen werden.

Die Anwendung digitaler Technologien kann Demokratien aber auch stärken, ihre Kompetenzen zur Problemlösung erweitern oder die staatliche Verwaltung effizienter machen. Nichts führt Chancen und Risiken digitaler Technologien deutlicher vor Augen als der öffentliche politische Diskurs in den sozialen Medien: Auf der einen Seite verbreitert er die Partizipationschancen, auf der anderen befördert er die Radikalisierung und Polarisierung der Standpunkte.

UNSER HANDLUNGSZIEL: Wir wollen, dass demokratische Rechte und Prinzipien in einer digitalisierten Gesellschaft gewahrt bleiben. Gleichzeitig wollen wir, dass die Chancen digitaler Anwendungen für die Stärkung der Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt besser genutzt werden.

UNSERE HANDLUNGSANSÄTZE:

- Wir schaffen Räume für den vertrauensvollen Dialog zwischen Vertreter*innen aus Politik/Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. In diesen Räumen entwickeln sie gemeinsam Ansätze, wie sich demokratische Rechte und Prinzipien in einer digitalisierten Gesellschaft besser schützen und stärken lassen.
- Wir bieten Entscheidungsträger*innen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft analytische Grundlagen an, die sie dabei unterstützen, digitale Anwendungen so zu regulieren, zu entwickeln oder anzuwenden, dass demokratische Prinzipien gewahrt bleiben.
- Wir unterstützen die Erprobung und praktische Anwendung digitaler Technologien, Methoden und Konzepte, die die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

DEMOKRATIE UND ZUSAMMENHALT IN DER DIGITALISIERTEN GESELLSCHAFT

3 — ZUM ÖFFENTLICHEN DISKURS BEFÄHIGEN

AUSGANGSLAGE: Es gibt wenig wissenschaftlichen Aufschluss darüber, was den öffentlichen Diskurs über digitale Themen in Deutschland und in Europa ausmacht und welche Einstellungen dazu in der Bevölkerung herrschen. Lange Zeit dominierten eher pauschale Äußerungen über Digitalisierung. Inzwischen nimmt das Thema künstliche Intelligenz viel Raum ein und wird oft vom Extrem einer allgemeinen künstliche Intelligenz her aufgegriffen, die dem Menschen überlegen sein und ihn beherrschen könnte. Indem sich viel Aufmerksamkeit auf diese Zuspitzung richtet, wird zu wenig beachtet, wo KI-Anwendungen längst Einzug in unseren Alltag erhalten haben und welche – teils problematischen – Auswirkungen dies hat.

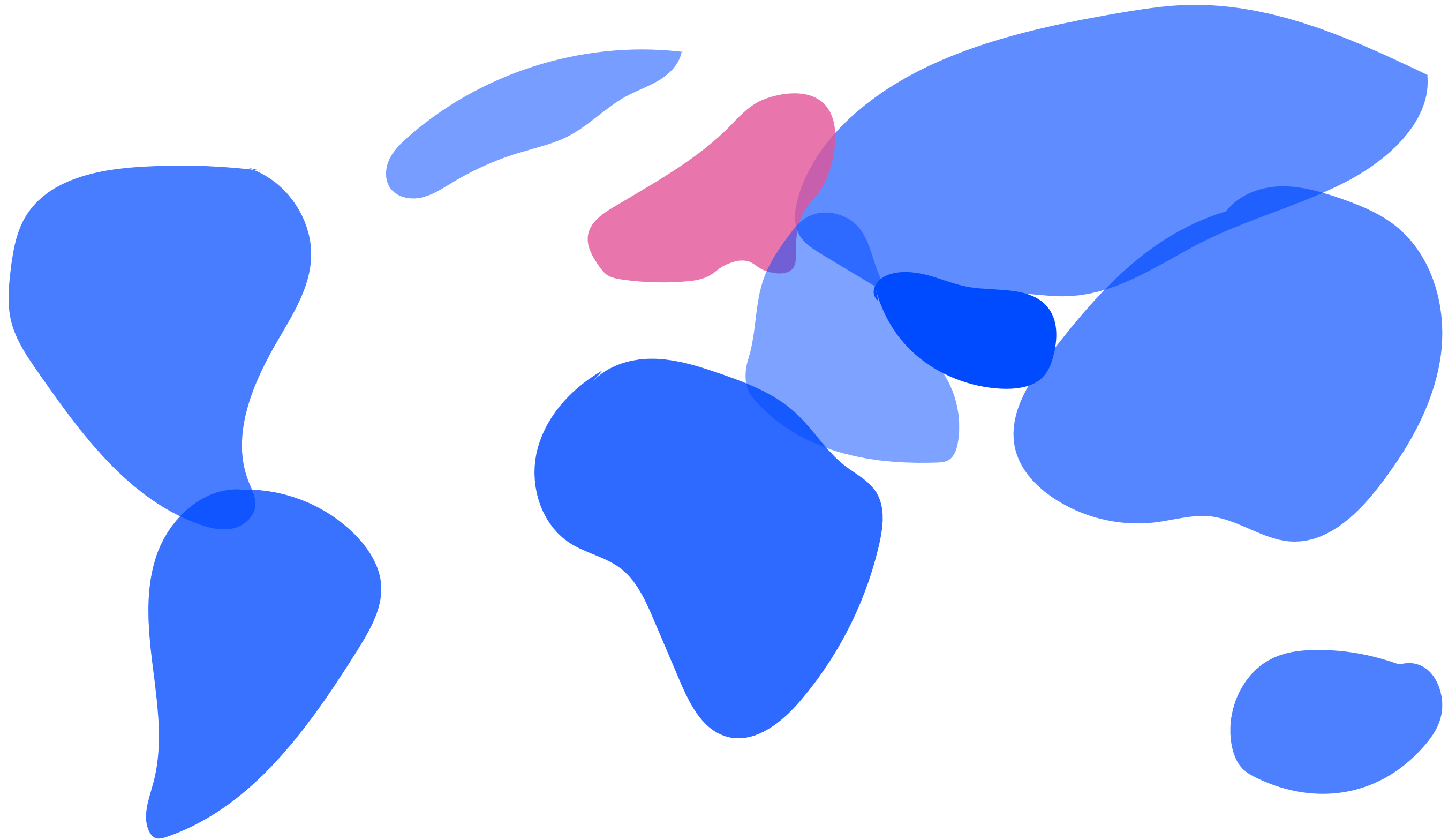
Für die demokratische Willensbildung ist es notwendig, dass ein informierter öffentlicher Diskurs über ein die Zukunft maßgeblich mitgestaltendes Thema unter möglichst breiter Beteiligung stattfinden kann. Dazu bedarf es einerseits der besseren öffentlichen Verbreitung von Wissen über digitale Technologie und der Verbreitung von Kriterien zu ihrer Beurteilung. Hier ist die öffentlich finanzierte politische Bildung ebenso gefragt wie Journalist*innen und Wissenschaftler*innen, aber auch Aktivist*innen in den sozialen Medien. Andererseits bedarf es aber auch stabiler zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich kontinuierlich für einen pluralen gesellschaftlichen Dialog engagieren wollen und gemeinwohlorientierte Positionen in den Diskurs einbringen. Hieran fehlt es schon aufgrund der relativen Neuheit des Themas noch in ganz Europa.

UNSER HANDLUNGSZIEL: Wir wollen einen breiteren und besser informierten öffentlichen Diskurs zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung.

UNSERE HANDLUNGSANSÄTZE:

- Wir unterstützen die Zivilgesellschaft in Deutschland und Europa dabei, sich sachkundiger und effektiver an Diskussionen über die Anwendung und Regulierung algorithmischer Systeme zu beteiligen sowie Regulierungsbedarf anzumelden.
- Wir ermutigen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Thinktanks und andere dazu, sich aktiver in öffentliche Debatten über die Bedeutung und die Folgen des Einsatzes algorithmischer Systeme einzubringen.
- Wir unterstützen Journalist*innen, informiert und ausgewogen über Entwicklungen der Digitalisierung und deren gesellschaftliche Implikationen zu berichten.

EUROPA IN DER WELT



UNSER ZIEL: Das Bestehen der Europäischen Union in der Welt hängt von ihrem inneren Zusammenhalt und der klugen Gestaltung ihres Verhältnisses zu anderen Ländern ab. Darum wollen wir den Zusammenhalt der EU stärken und mit Mitteln der internationalen Verständigung zum Funktionieren ihrer Beziehungen zu besonders wichtigen Ländern beitragen.

HANDLUNGSFELD 1
Europäischer
Zusammenhalt

HANDLUNGSFELD 2
Rechtsstaatlichkeit
in der EU

HANDLUNGSFELD 3
China und die Türkei

HANDLUNGSFELD 4
Internationale
Neuordnung

UNSER BEITRAG: Wir fördern die europapolitische Bildung junger Menschen, damit sie die Europäische Union verstehen und mitgestalten können. Ebenso setzen wir uns für Rechtsstaatlichkeit in der EU ein. Wir möchten das Handeln Chinas und der Türkei sowie ihre Gesellschaften besser verstehen und den Austausch und die Begegnung mit Menschen aus diesen Ländern fördern. Wir helfen dabei, die Rolle Europas in der Welt sowie der künftigen internationalen Ordnung zu erforschen und Gestaltungsideen zu entwickeln.

HINTERGRUND:

Die Basis der EU sind ihre Werte: die Würde des Menschen, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Nichtdiskriminierung. Diese Werte und den Frieden will sie fördern, will für das Wohlergehen ihrer Bürger*innen sorgen sowie für eine nachhaltige Entwicklung auf Grundlage einer wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft. Sie will außerdem den Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedsländern stärken. Obwohl die Zustimmung zur EU unter ihren Bürger*innen seit Jahren zunimmt, verfolgen einige Regierungen nationalistische Interessen, die gegen die Grundwerte der EU und ihre Verträge verstoßen. Mit schweren Folgen: Sie gefährden die Existenz der EU und ihre Glaubwürdigkeit nach außen. Wir stellen uns drei Fragen:

1. Wie können wir als Stiftung zum Zusammenhalt und zur Rechtsstaatlichkeit in der EU beitragen?

Der Zusammenhalt umfasst verschiedene Aspekte von persönlichen Erfahrungen, eigenem Engagement für andere, individuellem Zugehörigkeitsgefühl bis zu Erwartungen an eine positive Zukunft. Allerdings haben zwischenmenschliche Beziehungen und individuelle europäische Erfahrungen in vielen Ländern der EU in den vergangenen zehn Jahren abgenommen. Viele Bürger*innen fühlen sich der EU nicht (mehr) verbunden und bringen ihr eigenes Leben nicht mit den Werten und positiven Errungenschaften der EU in Verbindung.

Abnehmender Zusammenhalt bedroht auch die Demokratie: Dies beobachten wir derzeit sowohl innerhalb europäischer Gesellschaften als auch zwischen Mitgliedsstaaten. Gleichzeitig werden Regierungen, Parteien und Stimmungsmacher, die die EU spalten wollen, immer stärker. Demokratiefeindliche Regierungen einzelner Mitgliedsstaaten stellen die Werteunion und die Rechtsgemeinschaft der EU grundsätzlich infrage. Dies schwächt deren Glaubwürdigkeit und Durchsetzungskraft und macht sie verletzlich für die zersetzenden Kräfte im Innern und Äußern. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir den Zusammenhalt zwischen den Bürger*innen der EU stärken. Für die europapolitische Bildungsarbeit setzen wir uns ebenso ein wie für die Förderung von Forschung

zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in der EU und der Stärkung und Vernetzung von Rechtsstaats-Expert*innen.

2. Inwiefern müssen wir die Entwicklung der internationalen Ordnung zunächst besser verstehen?

Viele Expert*innen gehen davon aus, dass die liberale, westlich dominierte internationale Ordnung in der schwersten Krise seit Ende des Zweiten Weltkriegs steckt – und mit ihr die multilateralen Institutionen. Eine besondere Rolle dabei spielt der Aufstieg Chinas. Neue Technologien wie die künstliche Intelligenz und vermutlich auch die Covid-Pandemie werden ebenfalls zu großen Veränderungen führen. Europa muss mehr Eigenverantwortung für sein Wohlergehen und seine Sicherheit übernehmen.

Globale Schlüsselakteure sind hierbei nicht nur die USA, China und Russland, sondern auch kleinere und aufstrebende Mächte, die gut positioniert sind, um ihren Einfluss geltend zu machen. Es ist wichtig zu verstehen, wie die EU ihre Beziehungen zu diesen Ländern gestalten kann und wie diese Akteure sich wiederum gegenüber einem strategisch autonomen Europa positionieren.

3. Welchen Beitrag können wir für die Beziehungen Deutschlands und der EU im Sinne internationaler Verständigung leisten?

Auch in der veränderten Situation bleiben wir unseren Werten verpflichtet: Weltoffenheit, Respekt, Toleranz, Kooperationsbereitschaft. Mit diesen Werten setzen wir weiterhin auf Völkerverständigung – auch wenn die veränderten Rahmenbedingungen diese erschweren. Wir präzisieren dabei unsere Ziele und vergegenwärtigen uns die Risiken. Nach wie vor gilt: Das Fundament internationaler Verständigung besteht in der Interaktion zwischen Vertreter*innen der jeweiligen Gesellschaften, zwischen Individuen und möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen wie NGOs, Universitäten, Stiftungen und Thinktanks.

Verständigung ist besonders mit denjenigen Gesellschaften wichtig, mit denen Verständigung schwerfällt.

EUROPA IN DER WELT

1 — EUROPÄISCHER ZUSAMMENHALT

AUSGANGSLAGE: Viele Faktoren bedrohen das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in der EU und damit deren Zusammenhalt: Vielen fehlt das Wissen über Europa, es mangelt ihnen an demokratischen Kompetenzen. Viele fühlen sich den europäischen Werten nur wenig verbunden. Nationale Alleingänge einzelner Regierungen nehmen zu. Insbesondere jungen Menschen mit bildungsbenachteiligtem Hintergrund oder aus ländlichen Gebieten fällt es häufig schwer, sich in ihrer persönlichen Lebenssituation mit europäischen Werten zu identifizieren.

In der EU sind die Strukturen politischer Bildung unterschiedlich gut entwickelt. Politische Bildung findet in und außerhalb der Schule oft nur wenig statt. Sie wird mancherorts schlecht umgesetzt oder es fehlt schlicht das Geld. Die Vermittlung von politischer Bildung funktioniert besonders gut durch eigenes Erleben. Daher ist die Verbindung von formaler Wissensvermittlung mit einem forschend-entdeckenden Lernen wünschenswert. Wenn junge Menschen eigene Austausch Erfahrungen mit anderen Europäer*innen machen, bauen sie Vorurteile ab und verinnerlichen europäische Werte.

UNSER HANDLUNGSZIEL: Die Stiftung Mercator will den Zusammenhalt zwischen Bürger*innen der EU stärken. Sie setzt sich für europapolitische Bildungsarbeit ein.

UNSERE HANDLUNGSANSÄTZE:

- Wir vermitteln jungen Menschen zwischen 13 und 28 Jahren Kompetenzen, die sie brauchen, um aktiv am gesellschaftlichen Leben in einer Demokratie teilzuhaben. Wir konzentrieren uns dabei insbesondere auf junge Menschen mit sozioökonomisch benachteiligtem Hintergrund.

Wir stärken ihre Fähigkeiten, mit unterschiedlichen Meinungen umzugehen, sich mit Argumenten auszutauschen und gemeinsame Lösungen zu finden. Wir schaffen bei ihnen ein Bewusstsein für europäische Werte wie Solidarität, Minderheitenrechte, Gleichberechtigung und individuelle Freiheiten. Wir vermitteln ihnen Wissen über politische Institutionen und deren Funktionen und zeigen ihnen, wie ihr persönliches Leben mit der europäischen Politik zusammenhängt.

Das tun wir innerhalb und außerhalb der schulischen Bildung sowohl in Deutschland als auch in der EU. Diese Kompetenzen sollen die jungen Menschen auch durch persönliche europäische Begegnungen erwerben.

2 — RECHTSSTAATLICHKEIT IN DER EU

AUSGANGSLAGE: Die EU stützt sich auf gemeinsame Werte, zu denen Demokratie, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit gehören. Demokratie braucht unabhängige Gerichte, eine aktive Zivilgesellschaft sowie freie Medien. In einem Rechtsstaat muss politische Herrschaft in den Grenzen des Rechts und im Einklang mit den Werten der Demokratie und den Grundrechten ausgeübt werden. Zu seinen Prinzipien gehören transparente, demokratische und pluralistische Gesetzgebungsverfahren, Rechtssicherheit, wirksamer Schutz der Rechte seiner Bürger*innen, Verbot willkürlicher Machtausübung, Gewaltenteilung, Gleichbehandlung durch das Gesetz, unabhängige und unparteiische Gerichte und verhältnismäßige Anwendung der staatlichen Gewalt. Ein Rechtsstaat hat damit unmittelbaren Einfluss auf das Leben aller Bürger*innen. Auch wenn es in den Mitgliedsstaaten unterschiedliche Rechtssysteme und -traditionen gibt: Die zentralen Grundsätze von Rechtsstaatlichkeit werden von Bürger*innen aller EU-Mitgliedsstaaten befürwortet. Wir beobachten derzeit in zahlreichen

Ländern der EU einen Rückgang demokratischer und rechtsstaatlicher Werte: Regierungen beschneiden die Unabhängigkeit von Gerichten und die Rechte der Opposition, schränken Kommunikations- und Pressefreiheit ein, begrenzen den fairen und offenen politischen Wettbewerb und dulden Korruption in der Justiz. Während diese Entwicklungen in einigen Mitgliedsländern wie Polen und Ungarn bereits sehr deutlich sind, werden sie auch in anderen Staaten zunehmend problematisch. Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit in einzelnen Mitgliedsstaaten gefährden das rechtliche, politische und wirtschaftliche Fundament der gesamten EU.

Es gibt eine Vielfalt von Ansätzen, um Rechtsstaatlichkeit zu schützen: den Schutz des Medienpluralismus und der Medienfreiheit, Debatten über die Rechtsstaatlichkeit, um ihren Wert bewusst zu machen, schließlich die Gestaltung der Justizsysteme und die Unabhängigkeit der Justiz im Kampf gegen Korruption.

UNSER HANDLUNGSZIEL: Wir wollen uns für die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in der EU einsetzen.

UNSERE HANDLUNGSANSÄTZE:

- Wir fördern Forschung und Analyse zur Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in der EU und formulieren Handlungsempfehlungen.
- Wir vernetzen Expert*innen aus rechtsstaatlicher Theorie und Praxis innerhalb Europas und unterstützen eine bessere öffentliche Kommunikation zu diesem Thema.

EUROPA IN DER WELT

3 — CHINA UND DIE TÜRKEI

AUSGANGSLAGE CHINA: China ist eine globale Gestaltungsmacht. Der chinesische Staat erkennt internationale Organisationen an und bringt dort seine Interessen zur Geltung. China baut seinen Einfluss durch eine aktive Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik aus – auch auf die EU. China setzt die Förderung von Wissenschaft und Kultur dazu ein, dass die europäischen Gesellschaften die Volksrepublik positiv wahrnehmen. Das Konsumverhalten der chinesischen Bevölkerung hat einen starken Einfluss darauf, wie internationale Konzerne ihre Angebote und Produkte ausgestalten. Wesensmerkmale des chinesischen Staates sind neben einem anderen Verständnis von zentralisierten Entscheidungsstrukturen auch staatliche Eingriffe ins Wirtschaftsgeschehen, eine aktive Industriepolitik sowie insbesondere die Kontrolle und aktive Steuerung von Gesellschaft und Bürger*innen.

Es ist zwar einerseits in vielen europäischen Ländern Konsens, dass die EU geschlossener gegenüber China agieren sollte. Andererseits gibt es innerhalb der EU unterschiedliche Interessen gegenüber China. So ist beispielsweise die Aussicht, an Chinas neue Seidenstraße angebunden zu werden, für einige europäische Staaten wirtschaftlich interessant. An einer konfliktorientierten wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Einhegung Chinas und einer Entkopplung von China – analog dem Vorgehen der USA – haben Deutschland und die EU kein Interesse.

China ist als Partner unerlässlich bei der Lösung globaler Probleme wie dem Klimawandel sowie bei der Gestaltung der internationalen Ordnung wie bei der Weiterentwicklung der WTO. Daher besteht ein Nebeneinander an Partnerschaft und Wettbewerb. Dieses Nebeneinander erfordert eine klare Abwägung: Bei welchen Themen ist der Dialog sinnvoll und notwendig? Bei welchen sollten Regierungen versuchen, mit gleichgesinnten Partnern Einfluss auf China auszuüben?

AUSGANGSLAGE TÜRKEI:

Mit kaum einem anderen Land außerhalb der EU ist Deutschland wirtschaftlich, politisch und sozial so eng verbunden wie mit der Türkei. Dennoch hat sich die Beziehung zwischen Deutschland und der Türkei in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert. Die Türkei spielt als Nachbarland der EU und als Regionalmacht im Nahen Osten eine wichtige Rolle. Viele Kerninteressen der EU erfordern eine enge Zusammenarbeit mit der Türkei. Dazu gehören die Themen Migration und Integration, Sicherheitspolitik und der Kampf gegen den Terrorismus.

Inzwischen wird über andere Arten der Anbindung als einen EU-Beitritt der Türkei nachgedacht – etwa über eine begrenzte Zusammenarbeit in einzelnen Bereichen wie der Wirtschafts- und Migrationspolitik. Rechtsstaatliche und demokratische Fragen werden dabei allerdings kaum berücksichtigt. Das reicht nicht aus. Für eine langfristige Partnerschaft mit der Türkei müssen Deutschland und die EU ihre Werte wahren, die offensichtlichen Unterschiede erkennen und dürfen dabei gleichzeitig nicht nachlassen in ihren Bemühungen um eine konstruktive, vertrauensvolle Zusammenarbeit. Gelänge uns dies mit diesem Nachbarland, mit dem wir so eng verbunden sind, wäre das ein Ausweis für die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU.

Politische Beziehungen werden nicht nur durch Institutionen und Normen geprägt, sondern auch maßgeblich durch Individuen. Daher sind persönliche Beziehungen zwischen Türk*innen, Deutschen und weiteren Europäer*innen besonders wichtig.

UNSERE HANDLUNGSANSÄTZE FÜR CHINA:

- Wir ermöglichen mehr Begegnungen zwischen Multiplikator*innen, zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und jungen Menschen aus Deutschland, China und weiteren europäischen Ländern, um das gegenseitige Verständnis zu vertiefen und die partnerschaftlichen Beziehungen zu stärken.
- Deutschland und Europa brauchen eine Partnerschaft mit China und sind gleichzeitig im Wettbewerb. Politik, Gesellschaft und Wirtschaft brauchen eine breite öffentliche Diskussion zu dieser Herausforderung. Diese wollen wir fördern.
- Wir unterstützen Menschen in Deutschland dabei, besser über und mit China und seinen Bürger*innen sprechen zu können. Das bedeutet für uns, die Sprach- und Landeskunde Chinas an deutschen Schulen zu verankern.
- Wir setzen uns für eine gemeinsame europäische Position und einen gemeinsamen Umgang mit China ein. Wir fördern dafür anwendungsbezogene Forschung und bieten geschützte Räume, in denen sich Entscheidungsträger*innen vertrauensvoll austauschen können.

UNSER HANDLUNGSZIEL: Wir wollen mit Mitteln der internationalen Verständigung zu funktionierenden Beziehungen zwischen Deutschland, der EU und für Europa besonders wichtigen Ländern beitragen. Insbesondere zu China und zur Türkei.

UNSERE HANDLUNGSANSÄTZE FÜR DIE TÜRKEI:

- Wir ermöglichen mehr Begegnungen zwischen Multiplikator*innen, zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und jungen Menschen aus Deutschland, der Türkei und weiteren europäischen Ländern, um das gegenseitige Verständnis zu vertiefen und die partnerschaftlichen Beziehungen zu stärken.
- Wir tragen dazu bei, den Einfluss der Türkei, Deutschlands und Europas aufeinander besser zu verstehen.
- Wir tragen dazu bei, die innertürkischen Entwicklungen besser zu verstehen.
- Wir unterstützen Analyse und konkrete Initiativen, die dazu beitragen, dass Europa in der Türkei vor allem bei Fragen zu Außenpolitik, Sicherheit und Migration einen verlässlichen Partner hat.

EUROPA IN DER WELT:

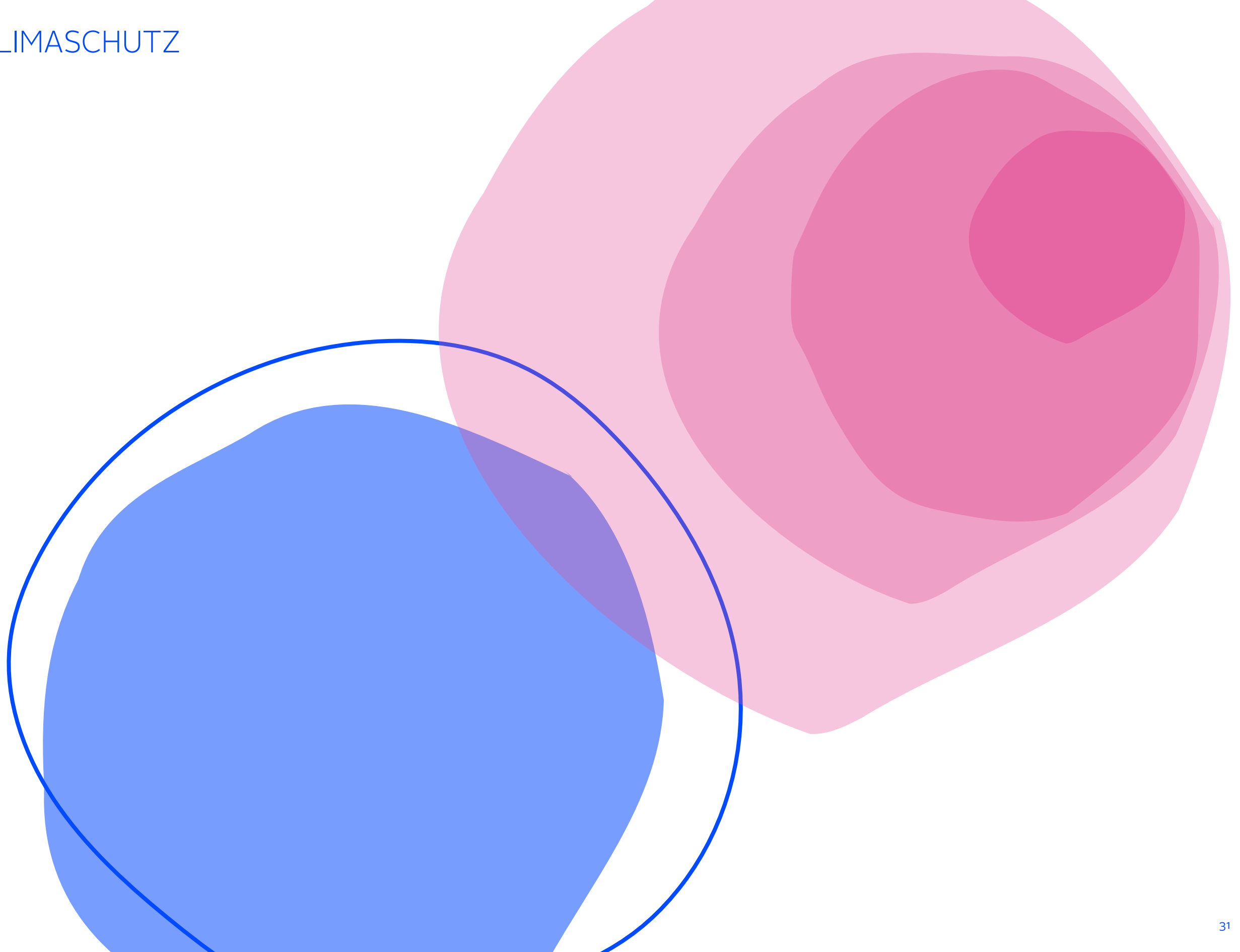
4 — INTERNATIONALE NEUORDNUNG

AUSGANGSLAGE: Die Ordnung der internationalen Beziehungen steckt in einer Krise. Internationale Ordnung setzt voraus, dass es zwischenstaatliche Übereinkünfte darüber gibt, wie trotz unterschiedlicher Interessen wichtige, gemeinsame Ziele verwirklicht werden sollen und wie Länder ihre Gemeinsamkeiten identifizieren und in Institutionen festschreiben. Internationale Ordnung bedarf auch immer einer Gruppe von Staaten, die sie etabliert und dann dauerhaft trägt. Diese Staaten-gruppe muss dafür die entsprechenden Ressourcen bereithalten und diese auch für die Aufrechterhaltung der Ordnung einsetzen. Mit dem teilweisen Rückzug aus ihrer historisch gewachsenen Rolle als Ordnungsmacht haben vor allem die USA das Bestehen eben dieser Ordnung in der vergangenen Zeit gefährdet und es ist ein neuer Wettbewerb um Macht und die Vorstellungen von der internationalen Ordnung entstanden. In diesem hat die Europäische Union Mühe, sich Gehör zu verschaffen und für die liberale Weltordnung einzustehen.

UNSER HANDLUNGSZIEL: Wir wollen den Kontext verstehen, in dem die für die EU wichtigen Außenbeziehungen gestaltet werden: den Kontext einer sich verändernden internationalen Ordnung und eines neuen Multilateralismus.

UNSER HANDLUNGSANSATZ:

- Wir unterstützen Menschen und Projekte, welche die aktuelle und künftige Entwicklung der internationalen Ordnung und des Multilateralismus erforschen und Ideen zu ihrer Gestaltung entwickeln, wenn diese für das Bestehen der EU, ihrer Werte und ihrer Interessen relevant sind.



UNSER ZIEL: Wir wollen,
dass Deutschland bis 2050
treibhausgasneutral wird,
und dazu beitragen, dass die
gesamte EU beim Klimaschutz
eine globale Führungsrolle
übernimmt.

HANDLUNGSFELD 1
Klimaschutz sozial
gerecht gestalten

HANDLUNGSFELD 2
Klimaschutz als
Querschnittsaufgabe
verankern

HANDLUNGSFELD 3
Gesellschaftlichen Rückhalt
für den Klimaschutz stärken

UNSER BEITRAG: Wir tragen zum Klimaschutz in Deutschland und in der EU bei, indem wir die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis fördern. Denn nur gemeinsam können sie belastbare Konzepte für einen gesellschaftlichen Wandel erarbeiten und erproben. Um die politische Veränderungsbereitschaft zu erhöhen, unterstützen wir zudem die Zivilgesellschaft dabei, sich fundiert und systematisch für Klimaschutz einzusetzen. Darüber hinaus stärken wir die faktenbasierte mediale Berichterstattung, um zu einem sachlichen öffentlichen Diskurs über Klimawandel und Klimaschutz beizutragen.

HINTERGRUND:

Der Klimawandel ist eine der zentralen Herausforderungen der Menschheit im 21. Jahrhundert. Bremsen wir ihn nicht, wird er die Lebensbedingungen auf der Erde massiv verändern und unser Leben unter enormen Druck setzen. Schon heute lassen sich vielerorts die Auswirkungen des weltweiten Temperaturanstiegs beobachten – zunehmend auch in Mitteleuropa.

Entgegen allen Versprechen der internationalen Staatengemeinschaft bleibt die politische Antwort unzureichend: Zwischen den Ankündigungen von Maßnahmen, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, und ihrer Umsetzung klafft eine große Lücke. Effektiver Klimaschutz ist daher dringender denn je. Es gilt, die weltweiten Emissionen schnell und drastisch zu reduzieren.

Ambitionierter Klimaschutz erfordert einen anspruchsvollen und komplexen gesellschaftlichen Wandel, der alle Lebensbereiche umfasst und für den es keine historische Vorlage gibt. Die Erwartungen, Interessen und Prioritäten verschiedener Akteure in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind dementsprechend unterschiedlich.

Für unsere Arbeit werden wir bis 2025 zwei Aspekte besonders in den Blick nehmen. Zum einen verschärft der Klimawandel bestehende soziale Ungerechtigkeiten – denn er belastet Gruppen zusätzlich, die ohnehin schon benachteiligt sind. Auch Klimapolitik führt zu finanziellen Umverteilungen in der Gesellschaft, die viele Bürger*innen als ungerecht empfinden. Hier sind Lösungen gefragt, die Klimaschutz ermöglichen und zugleich Ungerechtigkeit verringern.

Zum anderen bietet der Wandel Innovations- und Wachstumschancen. Er kann die Widerstandskraft und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft stärken – gerade beim wirtschaftlichen Wiederaufbau nach der Covid-Pandemie. Dies schlägt sich auch im „European Green Deal“ der Europäischen Kommission nieder. Wir wollen dabei helfen, diese zentrale Leitlinie mit einer effektiven Klimaschutzagenda zu untermauern.

Gemeinsam mit einer großen Bandbreite gesellschaftlicher Akteure wollen wir dazu beitragen, dass Deutschland und die EU eine gerechte und gleichzeitig ambitionierte Klimaschutzpolitik umsetzen. Wir setzen dabei auf solide Analyse, vertrauensvollen Dialog, die Unterstützung der Zivilgesellschaft und eine faktenbasierte mediale Berichterstattung.

KLIMASCHUTZ

1 — KLIMASCHUTZ SOZIAL GERECHT GESTALTEN

AUSGANGSLAGE: Um die Klimaschutzziele zu erreichen, müssen die Emissionen insbesondere in den Sektoren Strom, Verkehr und Industrie deutlich sinken. Dabei muss stärker als bisher auf Wechselwirkungen dieser Sektoren geachtet werden. Bisherige Reformvorschläge greifen auch deshalb häufig zu kurz, weil sie Faktoren vernachlässigen, die einen Wandel erschweren können – wie sozial- und regionalpolitische Auswirkungen sowie kulturelle Aspekte. Auch deshalb nehmen viele Menschen Klimapolitik als ungerecht wahr. Gegner*innen und Bremsen*innen wiederum nutzen dieses Defizit, um gegen den Klimaschutz zu mobilisieren. Zudem argumentieren wichtige Akteur*innen in Politik und Wirtschaft noch immer, Klimaschutz sei nicht mit wirtschaftlichem Fortschritt vereinbar.

Demgegenüber begreifen immer mehr Unternehmen den Klimaschutz als ökonomische Chance. Sie entwerfen Strategien, um Emissionen zu verringern, und setzen sich auch politisch für sie ein.

Entlang dieser Linien verschärft sich der öffentliche Diskurs. Daher benötigen wir Ideen, wie Klimaschutz, volkswirtschaftlicher Aufschwung und sozialer Ausgleich in Einklang gebracht werden können. Denn diese komplexe Gemengelage erschwert es selbst innerhalb politischer Parteien und Fraktionen noch, einen Konsens zu finden.

UNSER HANDLUNGSZIEL: Wir wollen eine Klimaschutzpolitik, die signifikante Minderungen von Emissionen mit wirtschaftlicher Prosperität und sozialer Gerechtigkeit verbindet.

UNSERE HANDLUNGSANSÄTZE:

- Wir bieten politischen Entscheider*innen eine solide analytische Grundlage, damit sie Regeln schaffen können, die Emissionen mindern, wirtschaftlichen Fortschritt fördern und soziale Ungerechtigkeit verringern.
- Wir schaffen Räume für den vertrauensvollen Dialog zwischen Interessenvertreter*innen, damit sie gemeinsam Konzepte für effektiven Klimaschutz erarbeiten.
- Wir unterstützen die Zivilgesellschaft dabei, Antworten auf komplexe technische, ökonomische, rechtliche und politische Fragen des Klimaschutzes zu finden.
- Wir fördern eine faktenbasierte mediale Berichterstattung, um den öffentlichen Diskurs zu bereichern und zu versachlichen.

2 — KLIMASCHUTZ ALS QUERSCHNITTSAUFGABE VERANKERN

AUSGANGSLAGE: Der Klimawandel betrifft alle Lebensbereiche – von der Gesundheit über die Außen- und Sicherheitspolitik bis zur Migration und der Stabilität der Finanzmärkte. Die politischen Debatten bilden diese Zusammenhänge bisher nur sehr punktuell ab. Deshalb ist es wichtig, dass politische Entscheider*innen den Klimaschutz als Querschnittsaufgabe verstehen. Um das zu erreichen, müssen auch einflussreiche Multiplikator*innen für diesen Gedanken gewonnen werden.

UNSER HANDLUNGSZIEL: Wir wollen, dass Klimaschutz in jedem Politikfeld entscheidungsrelevant ist.

UNSERE HANDLUNGSANSÄTZE:

- Wir bieten Multiplikator*innen und Entscheider*innen außerhalb der Umweltpolitik eine analytische Grundlage zu den Konsequenzen des Klimawandels für ihr Politikfeld, insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Finanzen. Damit schärfen wir ihr Bewusstsein, dass der Klimaschutz auch für sie entscheidend ist.
- Wir unterstützen Wissenschaft und Zivilgesellschaft dabei, Reformvorschläge in Feldern außerhalb der Umweltpolitik besser mit dem Klimaschutz zu vereinbaren.
- Wir setzen uns dafür ein, dass diese Zusammenhänge auch in den Medien einen größeren Stellenwert bekommen.

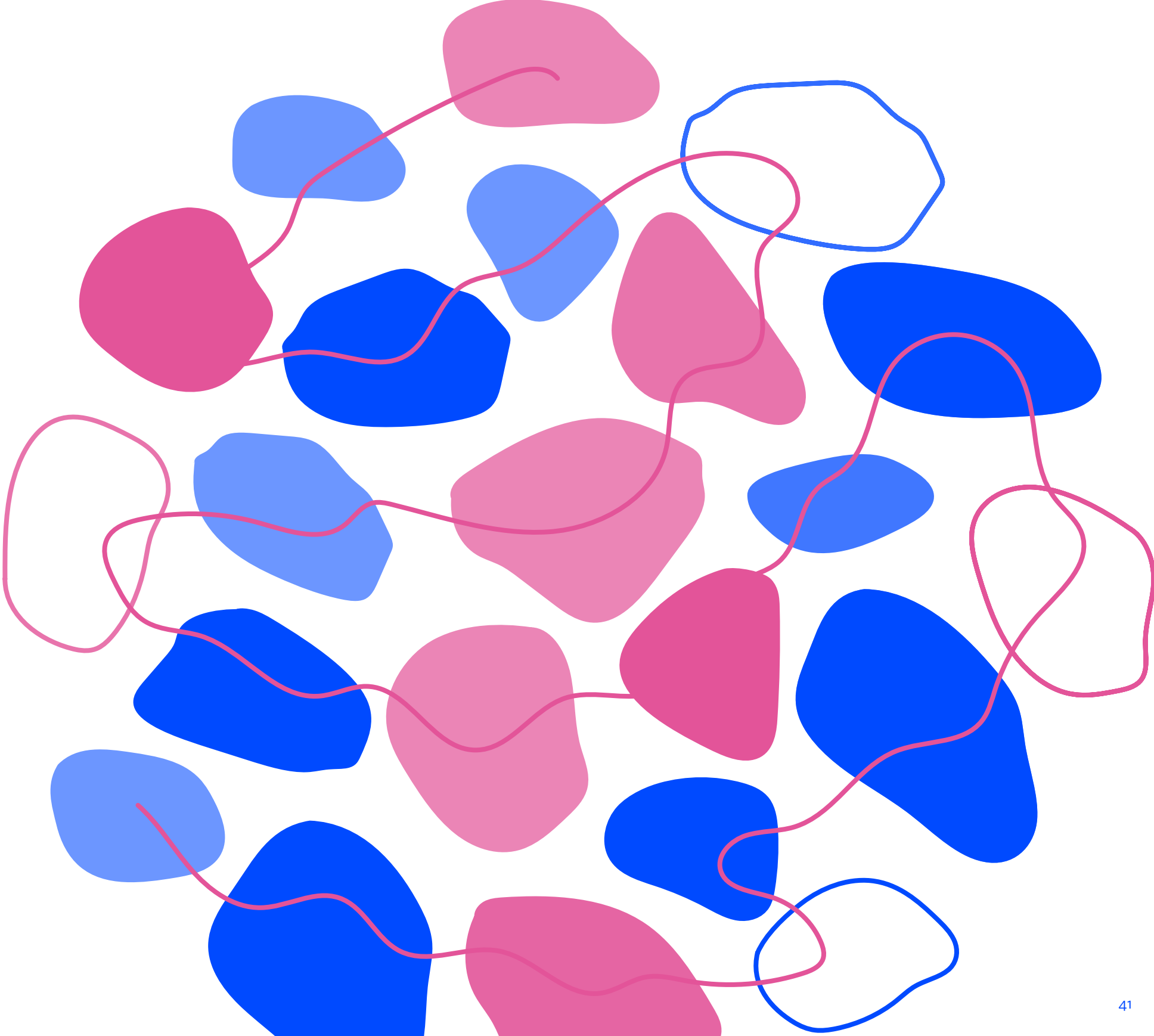
AUSGANGSLAGE: Klimaschutz ist nicht die Antwort auf ein Umweltproblem, sondern auf ein Gesellschaftsproblem. Der Mensch hat diese Situation selbst geschaffen und beraubt sich seiner Lebensgrundlagen. In der öffentlichen Wahrnehmung ist Klimaschutz allerdings weiterhin stark mit dem Umweltschutz und mit ökologisch orientierten Gruppen verbunden – obwohl das Thema uns alle direkt betrifft. Der politische Wille zu ambitionierterem Handeln war deshalb lange begrenzt. Das kann sich ändern, wenn viele unterschiedliche gesellschaftliche Akteure den Klimaschutz zu ihrem Thema machen.

UNSER HANDLUNGSZIEL: Wir wollen, dass sich möglichst viele Menschen auch außerhalb der Umweltpolitik für einen effektiven Klimaschutz einsetzen.

UNSERE HANDLUNGSANSÄTZE:

- Wir unterstützen zivilgesellschaftliche Akteure außerhalb des Umweltschutzes dabei, aus ihrer eigenen Denklage einen Zugang zum Klimaschutz zu finden.
- Wir schaffen Räume, in denen sich zivilgesellschaftliche Akteure austauschen, vernetzen sowie neue Kooperationen und Allianzen bilden können.
- Wir helfen den zivilgesellschaftlichen Akteuren, ihr Engagement für den Klimaschutz stärker sichtbar zu machen.
- Wir schaffen Experimentierräume, um den Wandel auf der lokalen Ebene erfahrbar zu machen.
- Wir machen gute Beispiele effektiver gesellschaftlicher Partizipation bekannt und wenden sie an.

TEILHABE UND ZUSAMMENHALT IN EINER DIVERSEN GESELLSCHAFT



UNSER ZIEL: Wir wollen den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken, Diskriminierung entgegenwirken und gleiche Chancen auf Bildung und Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

HANDLUNGSFELD 1
Bildung und
gleiche Chancen

HANDLUNGSFELD 2
Integration und
soziale Teilhabe

HANDLUNGSFELD 3
Diversität
und gesellschaftlicher
Zusammenhalt

TEILHABE UND ZUSAMMENHALT IN EINER DIVERSEN GESELLSCHAFT

UNSER BEITRAG: Wir tragen dazu bei, Bildungsangebote so zu verbessern, dass keine Menschen aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt sind. Wir entwickeln in den Bundesländern und Kommunen politische Ansätze mit, die soziale Teilhabe vor Ort ermöglichen, die Teilhabe am Arbeitsmarkt erleichtern und die gesellschaftliche Akzeptanz für Diversität erhöhen. Wir stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem wir die Begegnung unterschiedlicher Gruppen fördern und zivilgesellschaftliche Akteure stärken.

HINTERGRUND: Schon immer gab es soziale Ungleichheit bei Einkommen, Vermögen, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe, die wir als Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft definieren. Gründe für Ungleichheit sind etwa die soziale oder ethnische Herkunft sowie die Religionszugehörigkeit. Während die Unterschiede in Deutschland über lange Zeit abnahmen, haben sie in den vergangenen beiden Jahrzehnten erneut zugenommen. Daten zur Einkommensverteilung belegen, dass die Armutsquote seit 1991 kontinuierlich gestiegen ist und auch die Gruppe der „dauerhaft Armen“ wächst. Armut geht stark mit geringerem Bildungsniveau einher. So erwerben Kinder aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status oder aus Familien mit niedrigen Bildungsabschlüssen in der Regel ebenfalls niedrigere Bildungsabschlüsse. Sie haben damit von Geburt an schlechtere Chancen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Leichtere Bildungszugänge und bessere berufsqualifizierende Abschlüsse verringern die soziale Ungleichheit.

Bisherige Versuche, dies zu erreichen, haben jedoch zu wenig Wirkung gezeigt. Deshalb muss die Zusammenarbeit der verschiedenen Bildungseinrichtungen untereinander und mit der Kinder- und Jugendhilfe verbessert sowie der Blick auf Eltern und Familien erweitert werden. Zudem muss die Politik Personal und Geld stärker dort einsetzen, wo der Bedarf am größten ist.

Menschen mit Migrationshintergrund haben häufig einen niedrigen sozioökonomischen Status und erleben Diskriminierung. Das ist nicht nur ein Problem für die Betroffenen. Sind ganze Gruppen benachteiligt und diskriminiert, etwa auf dem Arbeitsmarkt, so spaltet dies die Gesellschaft noch mehr. So sammeln sich in bestimmten Quartieren Probleme und es entstehen Konflikte. Dem gilt es, vor Ort zu begegnen. Dafür sind zwei Dinge notwendig: zum einen der Wille jedes Einzelnen, etwas zu verändern. Zum anderen müssen kommunale Entscheidungsträger*innen Strukturen für eine langfristige soziale Integration aufbauen und das lokale Zusammenleben in einer diversen Gesellschaft fördern.

Neben der sozialen Integration ist die Integration in den Arbeitsmarkt eine Herausforderung. Denn immer wieder zeigt sich: Nicht nur neu Zugewanderte, sondern auch Menschen, die bereits in zweiter, dritter oder vierter Generation in Deutschland leben, haben geringere Zugangs- und Aufstiegschancen – und das, obwohl sie teilweise die gleichen Bildungsabschlüsse haben wie Deutsche ohne Migrationshintergrund.

Diese wachsende soziale Ungleichheit gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dieser umfasst verschiedene Aspekte von persönlichen Erfahrungen, eigenem Engagement für andere, individuellem Zugehörigkeitsgefühl bis zu Erwartungen an eine positive Zukunft. Der Zusammenhalt ist zentraler Ausdruck eines intakten und solidarischen Gemeinwesens – und damit für eine funktionierende demokratische Gesellschaft.

Studien belegen: Für den Erhalt des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist wichtig, dass breite Teile der Bevölkerung Diversität akzeptieren. Begegnung und Dialog zwischen verschiedenen Gruppen ermöglichen tiefergehende Einblicke in gegenseitige Lebenswirklichkeiten. So können Menschen Vorurteile abbauen und gegenseitiges Vertrauen stärken. Zivilgesellschaftliche Akteure können mit ihrem Engagement hier eine zentrale Rolle übernehmen.

Auch strukturell ist es notwendig, dass mehr Akzeptanz beziehungsweise ein anderer Umgang mit Diversität entsteht und Benachteiligung sowie Diskriminierung abgebaut werden. Das gilt insbesondere für Menschen, die in einem für gesellschaftliche Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt sensiblen Sektor arbeiten – beispielsweise im Gesundheits- oder Bildungswesen sowie bei Justiz und Polizei.

Teilhabe und Zusammenhalt sind langfristig nur dann möglich, wenn alle mit Diversität umgehen können und Menschen nicht mehr diskriminiert werden – etwa aufgrund ihrer ethnischen, kulturellen und sozialen Herkunft.

Damit sich gesellschaftlich etwas ändert, arbeiten wir eng mit Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen. Grundlage ist ein vertrauensvolles Netzwerk dieser Akteure.

TEILHABE UND ZUSAMMENHALT IN EINER DIVERSEN GESELLSCHAFT

1 — BILDUNG UND GLEICHE CHANCEN

2 — INTEGRATION UND SOZIALE TEILHABE

AUSGANGSLAGE: Der Bildungserfolg junger Menschen hängt in Deutschland von ihrem sozioökonomischen Hintergrund ab. Das liegt unter anderem daran, dass Eltern ihre Kinder unterschiedlich gut unterstützen können. Ein Problem ist auch, dass Lehrer*innen die Potenziale der Kinder nicht immer richtig einschätzen. Das zeigt sich zum Beispiel beim Übergang von der Grundschule auf die weiterführende Schule. Möchte man dem entgegenwirken, sind alle Akteure aus Bildungspraxis und -verwaltung gefragt: von der Tagespflege und den Kitas über die allgemeinbildenden und berufsbildenden

Schulen sowie die Jugendhilfe: Sie müssen vor Ort zusammenarbeiten und die Kinder mit abgestimmten Angeboten unterstützen. Dieser lokale Ansatz ist eng mit der kommunalen Entwicklung von Quartieren zu denken. Denn diese versucht in der Regel, sozial herausgeforderte Quartiere aufzuwerten.

Darüber hinaus geht es um Ressourcen und ihren bedarfsgerechten Einsatz. So brauchen Bildungseinrichtungen in sozial herausgeforderten Quartieren zum Beispiel oft wesentlich mehr Lehrkräfte und Sozialarbeiter*innen sowie deren bessere Fortbildung. Dabei ist es zentral, die Mittelvergabe mit einer Qualitätsentwicklung und -sicherung zu begleiten.

UNSER HANDLUNGSZIEL: Wir leisten einen Beitrag zur Verbesserung der Bildungsangebote für junge Menschen, die aufgrund ihrer ethnischen, kulturellen und sozialen Herkunft benachteiligt sind.

UNSERE HANDLUNGSANSÄTZE:

- Wir unterstützen Akteure aus Bildungspraxis und -verwaltung dabei, in sozialen herausgeforderten Quartieren institutionenübergreifend zusammenzuarbeiten, um Bildungsabschlüsse zu verbessern.
- Wir geben Entscheidungsträger*innen aus Politik und Verwaltung fundierte Strategien und Instrumente an die Hand, mit denen sie Ressourcen im Bildungssystem bedarfsorientiert verteilen können, um unterschiedlichen Voraussetzungen vor Ort Rechnung zu tragen.

Mit diesen Handlungsansätzen führen wir unser Engagement im Bildungsbereich fort, setzen mit dem Fokus auf sozial herausgeforderte Quartiere jedoch einen neuen Akzent. In den vergangenen zehn Jahren haben wir uns auch für zentrale Themen wie die sprachliche Bildung und die Qualitätsentwicklung im Ganztags eingesetzt. Sie stehen inzwischen auf der bildungspolitischen Agenda und sind bereits teilweise in die Lehrer*innenbildung integriert.

AUSGANGSLAGE: Die Integration von zugewanderten Menschen stellt in Deutschland insbesondere die Kommunen vor große Herausforderungen. Denn sie nehmen Zugewanderte auf und sollen ihre Integration fördern und ihnen Teilhabe ermöglichen. Insbesondere sozial herausgeforderte Quartiere spielen eine zentrale Rolle, da sie viele Zugewanderte aufnehmen.

Um diese Herausforderungen zu meistern, müssen alle Akteure koordiniert zusammenarbeiten – von der Ausländerbehörde und dem Jobcenter bis zum Sozialamt und den Bildungseinrichtungen. Sie müssen ihr Integrationsmanagement an den Schnittstellen verbessern, um Integration und Teilhabe gemeinsam noch stärker zu fördern. Dies umfasst alle Menschen vor Ort, Zugewanderte genauso wie Menschen, die seit Generationen dort leben.

Ein guter Einstieg in den Arbeitsmarkt und die Möglichkeit, sich im Arbeitsleben weiterentwickeln zu können, sind eine zentrale Voraussetzung für Integration und erfolgreiche Teilhabe. Die Integration von Hochqualifizierten und Fachkräften in den Arbeitsmarkt ist bereits erforscht und gut geregelt. Über die Situation formal Geringqualifizierter ist hingegen zu wenig bekannt und die Integration in den Arbeitsmarkt ist wenig geregelt. Oft arbeiten Menschen unter ihrer Qualifikation und in prekären Verhältnissen. Diese erlauben ihnen oft nur eine geringe soziale Teilhabe.

UNSER HANDLUNGSZIEL: Wir wollen soziale Teilhabe ermöglichen und die Entwicklung tragfähiger politischer Ansätze auf Landes- sowie kommunaler Ebene fördern.

UNSERE HANDLUNGSANSÄTZE:

- Wir unterstützen Entscheidungsträger*innen aus Politik, Verwaltung und Integrationspraxis dabei, Strukturen institutionenübergreifend zu verbessern und Handlungsoptionen zu erproben, die langfristig eine soziale Integration ermöglichen. Dabei konzentrieren wir uns auf strukturschwache Regionen.
- Wir geben Entscheidungsträger*innen aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft eine analytische Grundlage für Strategien und Instrumente an die Hand, mit denen sie formal Geringqualifizierten den Einstieg in den Arbeitsmarkt und ihre berufliche Weiterentwicklung erleichtern können und so ihre Teilhabechancen verbessern.

TEILHABE UND ZUSAMMENHALT IN EINER DIVERSEN GESELLSCHAFT

3 — DIVERSITÄT UND GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

AUSGANGSLAGE: Zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer pluralen Gesellschaft ist die Akzeptanz von Diversität. Die gesellschaftliche Diversität ist in den vergangenen Jahrzehnten größer geworden. Obwohl Menschen unterschiedlicher Gruppen im Alltag aufeinandertreffen und sich auf der Straße oder in der Schule begegnen, setzen sie sich mit der Lebenswirklichkeit der anderen oft wenig auseinander und kennen sie daher kaum. Studien zeigen, dass persönliche Begegnungen und die Auseinandersetzung mit anderen zentral sind, um Vorurteile abzubauen und soziale Beziehungen zu stärken.

Ebenso wichtig ist es, dass in den für gesellschaftlichen Zusammenhalt sensiblen Sektoren eine Auseinandersetzung mit Diversität stattfindet und Diskriminierung abgebaut wird. Die Ermöglichung gleichberechtigter Teilhabe ist hierbei neben mehr Akzeptanz von Diversität ein weiterer zentraler Aspekt für die Förderung des Zusammenhalts.

UNSER HANDLUNGSZIEL: Wir wollen die Akzeptanz von Diversität und Vielfalt stärken und zu einem stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen.

UNSERE HANDLUNGSANSÄTZE:

- Über den Austausch und die Begegnung unterschiedlicher Gruppen ermöglichen wir wechselseitige Einblicke in unterschiedliche Lebenswirklichkeiten. Dies erhöht das gegenseitige Verständnis, baut Vorurteile ab und stärkt die gesellschaftliche Solidarität.
- Wir sensibilisieren Vertreter*innen zentraler gesellschaftlicher Bereiche für einen reflektierten Umgang mit Diversität und unterstützen Entscheidungsträger*innen dabei, strukturelle Diskriminierung innerhalb ihrer Institutionen zu identifizieren und zu verringern. Wir machen deutlich, dass die Auseinandersetzung mit Diversität, Diskriminierung und Rassismus für den Zusammenhalt der Gesellschaft dringend notwendig ist.

WAS UNSERE THEMEN VERBINDET

Wir sehen unsere Rolle auch künftig darin, wichtige gesellschaftliche Veränderungen mitzugestalten. Damit dies noch besser gelingt, müssen wir einige Voraussetzungen schaffen: Wir müssen uns thematisch fokussieren und unsere Handlungsmöglichkeiten bedürfen der strategischen und rechtlichen Bestimmung. Zudem müssen wir als Stiftung lernfähig sein, müssen die Wirkung unserer Aktivitäten plausibel beschreiben und wo immer möglich auch messen können.

Drei Leitmotive verbinden unser Handeln: der Wandel des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die Zukunft der Demokratie und die Erneuerung des Multilateralismus. Die Heterogenität der Gesellschaft in Deutschland hat in vielerlei Hinsicht enorm zugenommen: so etwa die Hetero-

genität der Lebenslagen, der Herkunft, der Wertvorstellungen, der Bildungsgrade, des Medienzugangs und der Mediennutzung, der Quellen und der Höhe der Einkommen, der Partizipationschancen und der Internationalität. Diese Heterogenität kann man als unausweichliche Differenzierung von modernen Gesellschaften sehen. Man kann sie aber auch als Verlust ihrer Einheit und als Bedrohung ihres Zusammenhalts beklagen.

Die gegenwärtige Veränderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist ein erstes Motiv, auf das wir aus der Perspektive all unserer Themen schauen: auf die globalisierte Gesellschaft beim Thema „Europa in der Welt“; auf die nachhaltige Gesellschaft beim Thema „Klimaschutz“; auf die partizipative und auf die Migrationsgesellschaft im Thema „Teilhabe und

Zusammenhalt“ sowie auf die digitalisierte Gesellschaft im Thema „Demokratie und Zusammenhalt in der digitalisierten Gesellschaft“.

Neben der Veränderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts wird die Zukunft der Demokratie als zweites Leitmotiv unsere Arbeit in den kommenden fünf Jahren verbinden. Denn im vergangenen Jahrzehnt hat sich gezeigt, was bis dato eher theoretisch klar war: Die Werte und die Praxis unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind keineswegs selbstverständlich, sie müssen vielmehr verteidigt und weiterentwickelt werden. Wir sind in besonderer Weise aufgerufen, uns für die Demokratie zu engagieren. Denn damit wir überhaupt zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen

beitragen können, brauchen wir ein Gemeinwesen mit stabilen demokratisch legitimierte Institutionen und Prozessen. Wie beim gesellschaftlichen Zusammenhalt werden wir auch die Zukunft der Demokratie in jenen Aspekten aufgreifen, die sich aus unseren Themen ergeben. Das sind der drohende Verlust rechtsstaatlicher Prinzipien in Europa, die zunehmende Konkurrenz der Demokratie durch autoritäre Staaten, die Bewältigung des Klimawandels mit demokratischen Verfahren, die Handlungsfähigkeit demokratischer Regierungen bei immer heterogeneren Gesellschaften sowie der Veränderungsdruck auf demokratische Grundlagen und Verfahren durch die Digitalisierung und den Einsatz algorithmischer Systeme.

Ein drittes übergreifendes Leitmotiv ist der Multilateralismus. Die internationalen Beziehungen von Staaten sind in einer Krise – und mit ihnen oft auch die Institutionen, die multilaterale Beziehungen ermöglichen sollen. An vielen Stellen wird nationaler Eigensinn so weit ausgelebt, dass er die bewährten multilateralen Strukturen beschädigt. Ohne einen funktionierenden Multilateralismus wird es in unseren vier Themenfeldern aber keine Lösungen geben: Das gilt für internationale Abkommen zum Klimaschutz wie beim verantwortungsvollen Einsatz von algorithmischen Systemen und bei der Bewältigung globaler Migration, die den Zusammenhalt der aufnehmenden Gesellschaften herausfordert.

BEITRAG UND GRENZEN DES STIFTUNGSHANDELNS IN DER DEMOKRATIE

Die Zukunft der Demokratie als übergreifendes Leitmotiv betrifft nicht allein die Themen der Stiftung. Sie betrifft auch die Stiftung selbst und ihre Rolle als zivilgesellschaftliche Akteurin in einem demokratischen Gemeinwesen. Der Spielraum des Handelns von Stiftungen im demokratischen Verfassungsstaat ist zunächst durch steuerrechtliche Festlegungen bestimmt, wie sie die Abgabenordnung hinsichtlich gemeinnütziger Zwecke trifft. Der Staat hat Stiftungen steuerliche Privilegien verliehen, damit sie gemeinnützige Zwecke verfolgen können. Dessen sind wir uns sehr bewusst.

Das schließt tagespolitische Parteinahmen ebenso aus wie auch nur ein mittelbares Gewinnstreben. Es reicht für uns als Stiftung aber nicht aus, dass wir das Steuerrecht beachten. Wiederholt haben Bundespräsidenten Stiftungen eine wichtige Funktion beim gesellschaftlichen Wandel zugesprochen. Überall auf der Welt sind Demokratien im Wandel und Populisten fordern sie heraus. Gewählte politische Repräsentanten allein können Lösungen für die anstehenden großen gesellschaftlichen Herausforderungen weder entwerfen noch umsetzen. Denn nur wenn sich eine Gesellschaft in hohem Maß selbst organisiert und eigene Aktivitäten jenseits von Staat, Markt und privatem Leben entfaltet, ist sie lebendig und kann ihre vielfältigen Herausforderungen bewältigen.

Wir stellen uns diesen Erwartungen, indem wir zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen. Wir haben unsere Themen und Handlungsfelder darum auf einige zentrale Veränderungsprozesse ausgerichtet, die für unsere Gesellschaft wichtig sind. Dabei erkennen wir den Vorrang der demokratisch legitimierten Institutionen des Staates in allen politischen Entscheidungen an. Wir sind keine politischen Entscheidungsträger*innen. Doch wir können durch unser Handeln die Qualität der öffentlichen politischen Diskussion und damit der

Entscheidungen erhöhen. Das tun wir, indem wir das Spektrum von Lösungsoptionen bei großen gesellschaftlichen Herausforderungen erweitern und Risiken, Kosten oder Chancen der einzelnen Optionen näher bestimmen. Darum messen wir unseren Erfolg nicht am Erreichen eines politischen Ziels, sondern am anregenden und produktiven Beitrag zum politischen Prozess. Wichtig für diesen Beitrag sind die Bereitstellung von Wissen und wissenschaftlich begründeten Abwägungen für gesellschaftliche Debatten und für die demokratischen Entscheidungsprozesse in allen unseren Themen sowie die praktische Erprobung von Neuem.

Die fundamental unterschiedlichen Rollen von Wissenschaft und Politik erkennen wir dabei an: Weder hat das wissenschaftlich Richtige Anspruch auf politische Durchsetzung, noch erwirbt das politisch Durchgesetzte Anspruch auf wissenschaftliche Richtigkeit. Wir respektieren das demokratisch verbürgte Recht auf Letztentscheidung der Politik und wir respektieren die Freiheit der Wissenschaft, in alternativen Szenarien und unter dem Vorbehalt permanenten Erkenntnisfortschritts zu forschen.

WAS ERFOLG FÜR UNS BEDEUTET UND WIE WIR LERNEN

Wir engagieren uns mit dem Einsatz ursprünglich privaten Vermögens ausschließlich für Aktivitäten, die gesellschaftlichen Interessen dienen und uneigennützig einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Um dies möglichst effektiv und effizient zu tun, wählen wir gesellschaftliche Themen, die wir mit unseren Ressourcen und unserer Expertise bearbeiten können.

Damit wir Dinge verändern können, brauchen wir Handlungshypothesen, eine „Theory of Change“. Diese leitet aus einem Thema und dessen Ziel einzelne Handlungsfelder ab, aus einem Handlungsfeld ein Handlungsziel und aus einem Handlungsziel geeignete Handlungsansätze. Unsere „Theory of Change“ nimmt dabei auch die Kontexte als Wirkungsfeld in den Blick.

Die Wirkung und der Erfolg unseres Handelns sind entlang dieser Ebenen beschreibbar und evaluierbar. Die Wirkungen einer Stiftung sind angesichts der Komplexität der Wechselbeziehungen sozialer und politischer Prozesse natürlich nur bedingt nachweisbar. Dennoch messen wir die Wirkung unseres Handelns mit qualitativen und quantitativen Methoden so gut es geht.

Wir sind uns ebenfalls bewusst, dass sich die Dinge innerhalb unserer Themen teils schnell verändern. Deshalb müssen wir die Handlungsfelder innerhalb der Themen und ihre jeweiligen Handlungsansätze permanent justieren. Dabei achten wir auf eine Balance zwischen Veränderungsbereitschaft und Verlässlichkeit. Wir stellen uns der Kritik der fachlichen und allgemeinen Öffentlichkeit und sorgen für Sichtbarkeit und Transparenz unserer Arbeit. Wir prüfen die Wirkung unserer Arbeit nicht nur, um Rechenschaft abzulegen. Vielmehr wollen wir in einem Kreislauf kontinuierlich diskutieren, was wir tun und wie wir es tun, davon lernen und uns weiterentwickeln. Dafür bedarf es neben datengestützten Verfahren und Analysen auch Orte des Lernens innerhalb der Stiftung.



Wir richten deshalb sogenannte „Communities of Practice“ ein. Das sind Gemeinschaften von Personen, die an ähnlichen Aufgaben arbeiten und voneinander lernen wollen. Hier wollen wir neben Mitarbeiter*innen der Stiftung auch wichtige Projektpartner*innen einbinden sowie unsere Partnergesellschaften und Alumni. Sie werden unsere Methoden und Herangehensweisen themenübergreifend diskutieren. Einzelne Communities of Practice können ergänzt werden – oder geschlossen, wenn sie sich für unser Lernen als unergiebig erweisen.

Communities of Practice:

Wissenschaft und Analyse
Thinktank-Förderung,
Wissenschaftsförderung

Begegnung und Befähigung
Personenbezogene und
Zivilgesellschaftsförderung

Community Building
mit Partner*innen, Alumni
und Mitarbeiter*innen

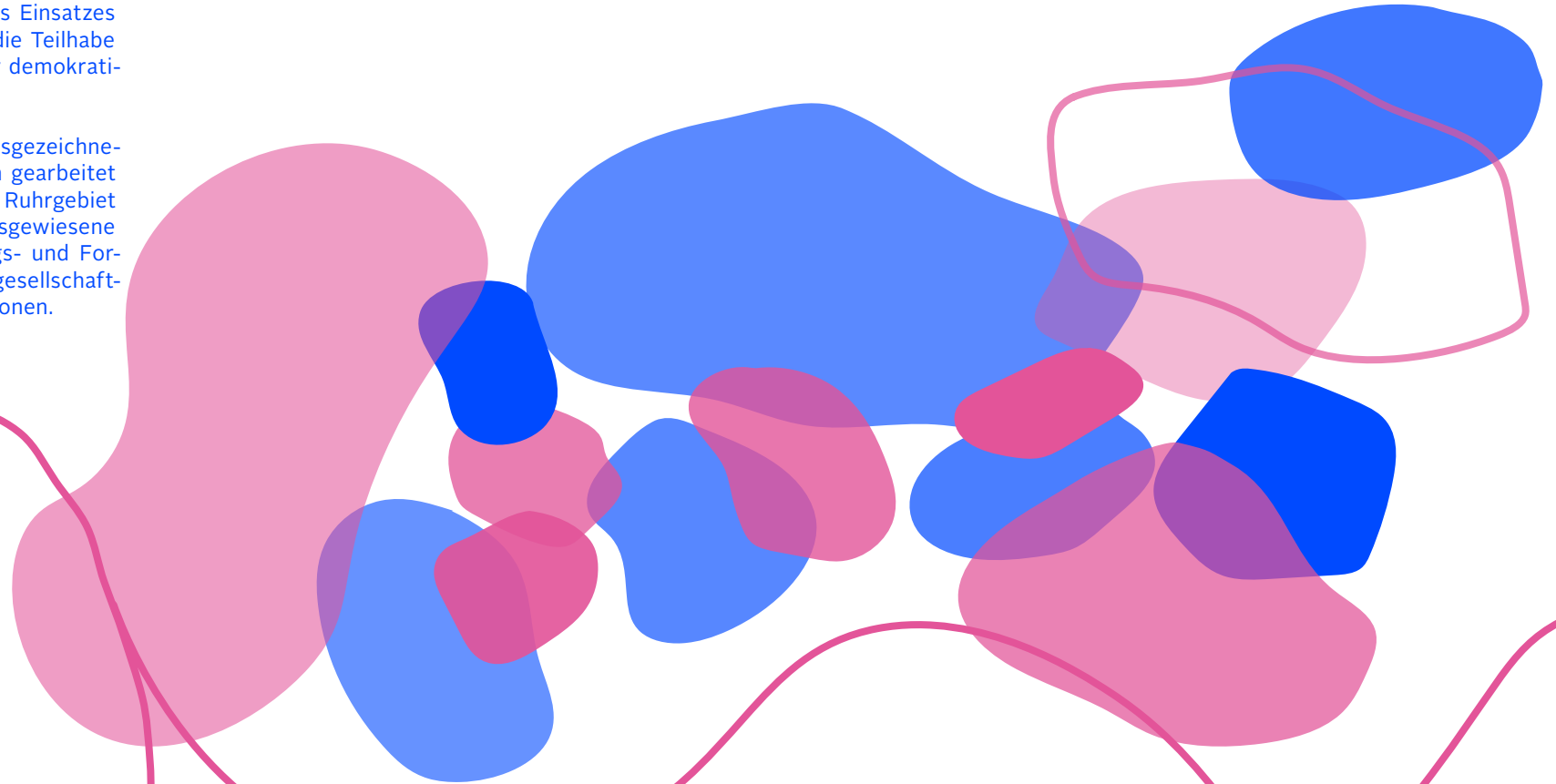
Bildung
Zusammenarbeit mit
Bildungsinstitutionen

RUHRGEBIET: WAS DIESER RAUM FÜR UNS BEDEUTET

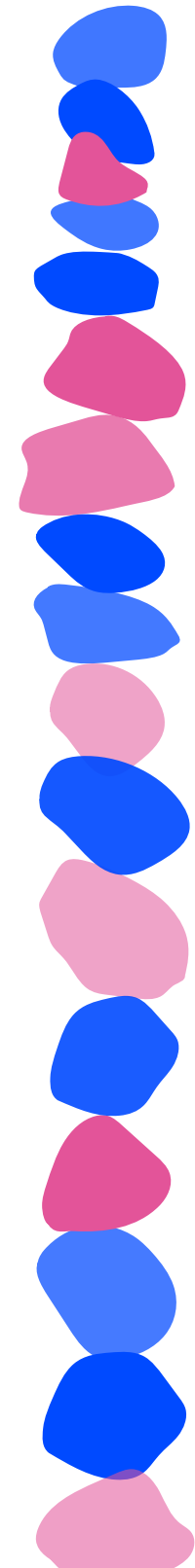
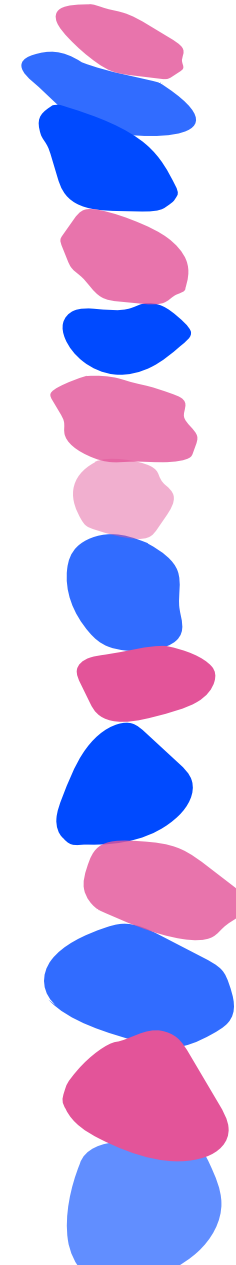
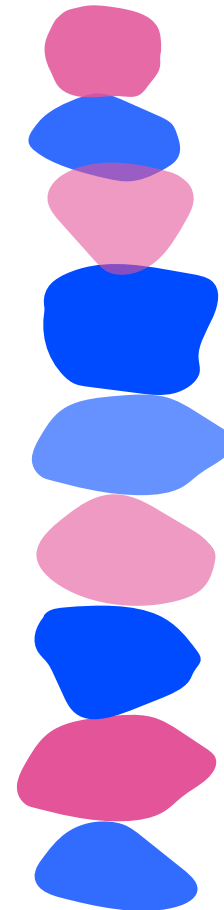
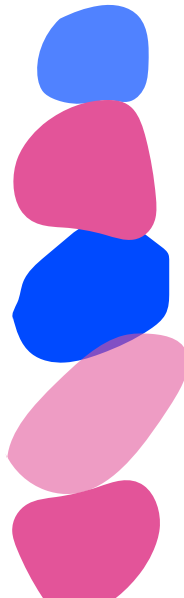
Dem Ruhrgebiet – Heimat der Stifterfamilie und Sitz der Stiftung – fühlen wir uns besonders verpflichtet. Das haben wir im vergangenen Jahrzehnt auf zwei Weisen ausgedrückt: Zum einen haben wir uns für einen kooperativen und leistungsfähigen Bildungs- und Wissenschaftsraum Ruhr engagiert. Zum anderen haben wir im Ruhrgebiet einen privilegierten Anwendungsraum für unsere strategischen Schwerpunktthemen gesehen. Diese zweite Weise des Engagements wollen wir in den kommenden Jahren fortsetzen und verstärken.

Unter den gesellschaftlichen Herausforderungen, die uns in der nächsten Strategiephase beschäftigen sollen, findet sich eine Vielzahl, die auch und gerade im Ruhrgebiet in ausgeprägtem Maße anzutreffen sind: die für den Klimaschutz notwendige Energie- und Verkehrswende; die Verbesserung des Bildungszugangs und des Bildungserfolgs in benachteiligten Quartieren; die Folgen der Digitalisierung und des Einsatzes algorithmischer Systeme für den sozialen Zusammenhalt; die Teilhabe sozioökonomisch benachteiligter junger Menschen an einer demokratischen und europäischen Gesellschaft.

Für all diese und weitere Themen ist das Ruhrgebiet ein ausgezeichnetes Reallabor, in dem konkret raum- und quartiersbezogen gearbeitet werden kann. Für all unsere Themen finden sich außerdem im Ruhrgebiet und somit in unserer unmittelbaren Nähe vielfältige und ausgewiesene Kooperationspartner in hoher Dichte: Kommunen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Universitäten, zivilgesellschaftliche Einrichtungen, Verbände, Träger- und Mittlerorganisationen.



Wir sind der Stifterfamilie für das anhaltende Vertrauen dankbar und danken allen, die unsere Arbeit möglich und wirkungsvoll machen. Unserem Beirat, unseren Partner*innen und unseren Kolleg*innen in Essen, Berlin, Peking und Istanbul!



Herausgeber
Stiftung Mercator GmbH
Huysenallee 40
45128 Essen

Tel. +49 201 24522-0
Fax +49 201 24522-44
info@stiftung-mercator.de
www.stiftung-mercator.de

Verantwortlich: Michael Schwarz
Redaktion: Marisa Klasen und Hannes Külz
Kreativdirektion: Jennifer Heimann
Konzept und Gestaltung: marcellini GmbH

© Stiftung Mercator GmbH, Essen 2020

AufRuhr Das Magazin der Stiftung Mercator
www.aufrohr-magazin.de

